



Birte Schellmann • Im Häcklinger Dorfe 1 a • 21335 Lüneburg



Daniel Brügge • Heidkamp 47 • 21335 Lüneburg

Hansestadt Lüneburg  
Herrn Oberbürgermeister  
Ulrich Mädge  
Rathaus

Lüneburg, den 3.12.15

Betr. Resolution, wenn möglich für die Ratssitzung am 17.12.15: Land nimmt der Hansestadt das Geld für Radwege und Straßen

Sehr geehrter Herr Mädge,

die Gruppe FDP/Piraten im Rat der Stadt Lüneburg kritisiert die von SPD und Grünen auf Landesebene geplanten Kürzungen für den kommunalen Straßenbau. SPD und Grüne beabsichtigen 15 Millionen Euro aus Bundesmitteln künftig nicht mehr den Kommunen für die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung zu stellen, sondern diese Gelder für Landesstraßen auszugeben. Das bedeutet, dass auch in Lüneburg künftig Geld für Radwege und den Ausbau und die Verbesserung von Straßen fehlt, wie z.B. für die Dahlenburger Landstraße. Da Investitionen in Verkehrsinfrastruktur auch Daseinsvorsorge ist, für die die Stadt zuständig ist, sollten wir als Stadt den hier geplanten Griff in die kommunale Förderkasse als Rat gemeinsam entschieden ablehnen, denn schon jetzt gibt es in vielen Bereichen einen Investitionsstau.

Wir wissen, dass bei der Haushaltsverabschiedung traditionsgemäß keine darüberhinausgehenden Anträge gestellt werden sollen. Wir befürchten allerdings, daß ein Resolutionsantrag Ende Januar zu spät kommen wird. Deshalb sollte eine Ausnahme gemacht werden und wir sollten eine **gemeinsame Resolution** im Rat der Stadt verabschieden, da es ureigenste Interessen der Bürger und damit auch der Kommune betrifft. Die Städte, die jetzt schon wegen der Flüchtlinge – auch im Rahmen der von der Landesregierung eingeforderten Amtshilfe – bis an die Grenze ihrer Möglichkeiten gefordert sind, werden hier abermals vom Land geschwächt und im Stich gelassen. Wir bitten Sie deshalb diese Resolution in der nächsten Ratssitzung zuzulassen, damit sie gemeinsam beschlossen werden kann:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg lehnt die beabsichtigten Kürzungen der Landesregierung von 15 Millionen für den kommunalen Straßenbau aus Bundesmitteln entschieden ab. Wenn diese Mittel, die vom Bund für die Verkehrsinfrastruktur der Kommunen geplant <sup>sind</sup> ~~ist~~, nicht mehr fließen, sondern für Landesstraßen ausgegeben werden, werden wir nicht in der Lage sein, das Geld für Radwege und den Ausbau und Verbesserung von Straßen zur Verfügung zu stellen, obwohl wir vor Ort bereits einen großen Investitionsstau haben.

Mit freundlichen Grüßen

*Birte Schellmann*